

GRAZ und GELD

Müll und Kanal schon wieder teurer

Seit der letzten Erhöhung der Kanal- und Müllgebühren ist noch kein Jahr vergangen. Trotzdem: Mit 1. Jänner 2010 ist eine weitere Erhöhung der Müllgebühren geplant.

Bei der Grundgebühr gibt es zwar geringfügige Gebührensenkungen. Doch der Biozuschlag, jener Beitrag, der bei Bereitstellung einer Biomülltonne eingehoben wird, soll um **ganze 21 Prozent (!)** erhöht werden. „Vor allem Bewohner von Mehrparteienhäusern, die keine Möglichkeit haben, ihren Biomüll selbst zu kompostieren, zahlen hier drauf“, stellt KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann fest.

Die KPÖ fordert einen generellen Stopp bei Gebührenerhöhungen und spricht sich für eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Gebühren aus.



Luxusradweg

3,6 Millionen Euro (50 Millionen Schilling) wollte Grünen-Vizebürgermeisterin Rucker für einen Radweg am Grazer Messegelände ausgeben! Mehr als die Hälfte der Kosten von 1.630,- Euro pro Laufmeter würden auf Grundstücksablösen entfallen. „Dabei wurden die für den Radweg notwendigen Grundstücke erst vor ein paar Jahren von der Stadt Graz an die Messe abgetreten. Jetzt soll die Stadt sie um teures Geld wieder zurückkaufen“, zeigte sich KP-Gemeinderat Manfred Eber verständnislos und machte deutlich, dass die KPÖ diesem Vorhaben nicht zustimmen werde. Jetzt hat Rucker kalte Füße bekommen und das Stück zurückgezogen. Mit dem gesparten Geld könnten notwendige Lückenschlüsse anderer Radwege finanziert werden.



2004 gingen die BUWOG-Wohnungen an die Immofinanz, die mit 916 Millionen Euro gerade eine Million mehr bot als ihr Konkurrent CA Immo. Anderen Bietern wurde überhaupt signalisiert, dass sie sich gar nicht bewerben brauchen. Das Geschäft feierte man am Wiener Opernball, berichtete die APA. Unter Beisein des damals zuständigen Finanzministers Karlheinz Grasser.

RECHTE SEILSCHAFTEN (FPÖ-BZÖ) KASSIEREN AB

Rechte Korruption im Visier der Justiz

9,6 Millionen Euro für FPÖ-Parteigänger und Freund von Karlheinz Grasser für „Tipps“ bei Buwog-Verkauf an Immofinanz. Staatsanwaltschaft ermittelt gegen eine FPÖ-Seilschaft.

Glücklich Wohnen ist nicht nur der Slogan der BUWOG, sondern bis vor kurzem auch von Walter Meischberger, Peter Hohegger und Karlheinz Grasser. Meischberger und Hohegger bekamen vom BUWOG-Käufer Immofinanz 9,6 Millionen Euro als Beraterhonorar – für Leistungen, die der aktuelle Immofinanzchef Zehetner nicht nachvollziehen kann. Er überlegt, das Geld zurückzufordern. Steuer haben Meischberger und Hohegger bis heuer keine dafür bezahlt. Erst nach Auffliegen der Affäre haben sie Selbstanzeige erstattet.

Die Immofinanz hat die

Bundeswohnungen (BUWOG, WAG, EBS, ESB) 2004 um 916 Millionen Euro gekauft und nur eine Million mehr geboten als die CA-Immo. Der als Finanzminister damals verantwortliche Grasser will von der Weitergabe von Insider-Informationen durch seine Freunde – Ex-FPÖ-Generalsekretär Meischberger war Grassers Trauzeuge, Hohegger Grassers enger Berater – nichts gewusst haben. Gegen alle drei ermittelt die Staatsanwaltschaft. Abgewickelt wurde das Beraterhonorar über eine Briefkastenfirma auf Zypern. Die musste 2007 nochmals herhalten – für ein Beratergeschäft mit der Firma Porr in Linz: Bei Verhandlungen mit der Finanzbehörde soll der Firma Porr bedeutet worden sein, man könne den Abschluss „beschleunigen“ – mittels einer Zahlung von 200.000 Euro an eine zypriotische Firma.

Das alles wirft ein bezeich-

nendes Licht auf die FPÖ: Grasser und Meischberger wurden in Jörg Haiders FPÖ-Buberlpartie groß. Grasser ließ sich eine Homepage von der Industriellenvereinigung bezahlen. Ex-FPÖ-Bundesgeschäftsführer Rumpold verdiente hunderttausende Euro als Berater beim Eurofighter-Kauf.

GRASSERS SKANDALE

Homepage-Affäre: Schon früh bekannt wurde die Freunderl-Finanzierung über eine Grasser-Jubel-Homepage.

Eurofighter Kauf: Hunderttausende Euro flossen an FP-nahe Firmen beim Kaufentscheid für die Eurofighter.

Glücksspiel-Mafia: Auf Grassers Initiative wurden dubiose Glücksspielfirmen gesetzlich gedeckt.

Spekulation mit Steuermitteln: Im Sommer 2009 stellte sich heraus, dass die Regierung Steuermittel verspekuliert hat. Ermöglicht wurde dies durch eine Gesetzesinitiative Grassers.